

Liberalisierung und Prekarisierung – Beschäftigungsbedingungen bei den neuen Briefdienstleistern in Deutschland

Rolf Büttner
Stv. Vorsitzender der ver.di

Pressekonferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung am 26.01.2007



*Postdienste, Speditionen
und Logistik*

**Vereinigte
Dienstleistungs-
gewerkschaft**



Liberalisierung des Postsektors und soziale Mindestanforderungen im Wettbewerb

- Ein sozial flankierter Übergang vom Monopol zum Wettbewerb hatte und hat für die Gewerkschaften oberste Priorität
 - ➔ kein Wettbewerb mit Lohndumping und Billigjobs
- Die Berücksichtigung sozialer Belange ist als Regulierungsziel im Postgesetz (PostG) verankert
 - ➔ § 6 Abs. 3 Nr. 3 PostG: Lizenz für Postdienstleistungen ist zu versagen, wenn die im lizenzierten Bereich üblichen wesentlichen Arbeitsbedingungen erheblich unterschritten werden



Das Fazit der Studie aus Sicht von ver.di

- Im deutschen Briefmarkt ist ein Verdrängungswettbewerb auf Grundlage von Lohndumping und prekärer Beschäftigungsverhältnisse bei den neuen Anbietern im Gange.
- Die Liberalisierung weist einen negativen Arbeitsplatzsaldo auf:
Das Beschäftigungsvolumen im Briefmarkt ist um ca. 10% oder 15.000 Vollzeitarbeitsplätze zurückgegangen
- Sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze mit tarifvertraglich gesicherten Entlohnungsbedingungen bei der Deutschen Post AG werden durch Minijobs und Armutslöhne bei den neuen Briefdienstleistern verdrängt



Das Fazit der Studie aus Sicht von ver.di

- Eine Branche, die bislang durch sozial gesicherte Einkommensbedingungen gekennzeichnet war, droht zu einem Niedriglohnsektor abseits tariflicher Regelungen zu verkommen
- Erwerbstätigkeit bei neuen Briefdienstleister ist meist nur als Hinzuverdienst zum ALG II oder zu einem weiteren Einkommen existenzsichernd



Postdienste, Speditionen
und Logistik

Vereinigte
Dienstleistungs-
gewerkschaft



10 Jahre Liberalisierung: ein Resümee

- Die Liberalisierung des Briefsektors hat bezüglich der Arbeits- und Einkommensbedingungen bei den neuen Anbietern eindeutig zu negativen Entwicklungen geführt, die durch die Regelungen des Postgesetz eigentlich hätten vermieden werden sollen.
- Wenn die fortschreitende Prekarisierung eines gesamten Sektors mit rund 190.000 Beschäftigten verhindert werden soll, muss jetzt, ein knappes Jahr vor der geplanten vollständigen Öffnung des deutschen Briefmarktes, gehandelt werden!



Forderungen von ver.di

1. Die weitere Liberalisierung des Briefmarktes kann nur bei gleichzeitiger Sicherstellung sozialer Standards fortgeführt werden
2. Die Bundesnetzagentur muss als Regulierungsbehörde ihrer gesetzlichen Verpflichtung nachkommen und die Lizenzerteilung von der Einhaltung branchenüblicher Arbeitsbedingungen abhängig machen



Postdienste, Speditionen
und Logistik

Verenigte
Dienstleistungs-
gewerkschaft



Forderungen von ver.di

3. Mindestlöhne müssen im Briefmarkt ein existenzsicherndes Erwerbseinkommen sicherstellen
4. Durch Tariftreueklauseln muss sichergestellt werden, dass die öffentliche Hand Aufträge nur an Briefdienstleistungsunternehmen vergibt, die soziale Standards einhalten



Postdienste, Speditionen
und Logistik

Vereinigte
Dienstleistungs-
gewerkschaft



ver.di wird aktiv

- Gemeinsame Arbeitsgruppe mit SPD, um Schlussfolgerungen aus der bisherigen Entwicklung der Liberalisierung zu ziehen und politische Maßnahmen zu verabreden
- Liberalisierung und Piekarisierung wird ab März 2007 Schwerpunktthema bei Betriebsversammlungen
- Gespräche mit Wahlkreisabgeordneten zum Thema



Postdienste, Speditionen
und Logistik

Vereinigte
Dienstleistungs-
gewerkschaft

